

Ärzte ohne Grenzen sieht in Kunduz "Angriff auf Genfer Konvention"

7. Oktober 2015, 15:57

18 POSTINGS



foto: foto: reuters/balibouse
Joanne Liu fordert eine Untersuchung des Angriffs auf Ärzte ohne Grenzen.

Präsidentin der Hilfsorganisation will Untersuchung durch "humanitäre Kommission"

Genf – Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) hat die Bombardierung ihrer Klinik im afghanischen Kunduz als "Angriff auf die Genfer Konvention" bezeichnet. MSF-Präsidentin Joanne Liu forderte am Mittwoch eine Untersuchung des Vorfalls mit 22 Toten durch eine internationale humanitäre Kommission. Sie habe "kein Vertrauen in eine interne militärische Untersuchung".

"Das war nicht nur ein Angriff auf unser Krankenhaus, es war ein Angriff auf die Genfer Konvention. Das kann nicht hingegenommen werden", sagte die MSF-Chefin zu Journalisten in Genf. Gemäß dem Genfer Abkommen dürfen zivile Krankenhäuser unter keinen Umständen angegriffen werden.

Untersuchung gefordert

MSF-Belgien-Generaldirektor Christopher Stokes hatte bereits am Montag eine vollständige und transparente Untersuchung durch eine unabhängige internationale Organisation gefordert. Nach US-Angaben hätten afghanische Streitkräfte, die unter Beschuss von Taliban-Kämpfern standen, den Angriff am Samstag angefordert. Bei den Toten handelt es sich den Angaben zufolge um zwölf MSF-Mitarbeiter und zehn Patienten, darunter drei Kinder.

Nach Angaben der Hilfsorganisation waren die afghanischen und die US-Streitkräfte über die GPS-Koordinaten des Krankenhauses informiert, das seit vier Jahren in Betrieb war. Es war das einzige im Nordosten Afghanistans, das schwere Kriegsverletzungen behandeln konnte. US-Präsident Barack Obama hat eine umfassende Untersuchung des US-Luftangriffs angekündigt. (APA, 7.10.2015)

Médecins Sans Frontières (MSF): ...



médecins sans frontières (msf)

Wortlaut: Rede von Dr. Joanne Liu, Internationale Präsidentin von Ärzten ohne Grenzen 7. Oktober 2015, Palais des Nations, Genf, Schweiz

"Am Samstagmorgen kamen zu den zahllosen Menschen, die weltweit in Konfliktgebieten getötet und dann als "Kollateralschaden" oder

"unvermeidbare Konsequenz des Krieges" abgetan wurden, auch Patienten und Mitarbeiter von Ärzten ohne Grenzen/Médecins Sans Frontières (MSF). Im internationalen humanitären Völkerrecht geht es nicht um "Fehler". Es geht um Absichten, Fakten und die Gründe dafür.

Der US-Luftangriff auf das Krankenhaus von Ärzten ohne Grenzen in Kunduz war der Luftangriff mit den meisten Todesopfern, den es je auf unsere Organisation gab. Zehntausende Menschen in Kunduz haben ausgerechnet jetzt keinen Zugang zu medizinischer Hilfe mehr, wo sie diese am dringendsten bräuchten. Darum sagen wir heute: Es reicht. Selbst im Krieg gibt es Regeln.

Unsere Patienten in Kunduz verbrannten in ihren Betten. Ärzte, Pflegepersonal und andere Mitarbeiter von Ärzten ohne Grenzen wurden bei ihrer Arbeit getötet. Unsere Kollegen mussten einander operieren. Einer unserer Ärzte verstarb auf einem improvisierten Operationstisch – einem Bürotisch -, während ein Kollege sich bemühte, ihm das Leben zu retten.

Wir würdigen heute jene, die bei diesem furchtbaren Angriff ihr Leben verloren haben. Und wir zollen jenen Mitarbeitern von Ärzten ohne Grenzen Respekt, die zusehen mussten, wie ihre Kollegen starben und ihr Krankenhaus in Flammen stand, und sich dennoch unbeirrt um Verletzte kümmerten.

Es handelt sich hier nicht nur um einen Angriff auf unser Krankenhaus, sondern um einen Angriff auf die Genfer Konventionen. Diese Konventionen halten die Regeln des Krieges fest und wurden zum Schutz von Zivilpersonen geschaffen – sie schützen Patienten, medizinisches Personal und medizinische Einrichtungen. Sie bringen etwas Menschlichkeit in eine ansonsten unmenschliche Situation.

Die Genfer Konventionen sind mehr als ein abstrakter Rechtsrahmen, für medizinische Teams an der Front machen sie den Unterschied zwischen Leben und Tod aus. Es sind die Genfer Konventionen, die unseren Patienten einen sicheren Zugang zu medizinischen Einrichtungen erlauben und uns ermöglichen, medizinische Hilfe zu leisten, ohne dabei angegriffen zu werden.

Gerade weil Angriffe auf Krankenhäuser in Kriegsgebieten verboten sind, gingen wir davon aus, geschützt zu sein. Doch 10 unserer Patienten, darunter 3 Kinder, und 12 unserer Mitarbeiter starben durch die Luftangriffe.

Die Umstände dieses Angriffs müssen unabhängig und unparteilich untersucht werden, insbesondere wegen der Unstimmigkeiten in den Aussagen von US-amerikanischer und afghanischer Seite in den vergangenen Tagen. Wir können uns nicht allein auf interne militärische Untersuchungen durch Einheiten der USA, Afghanistans oder durch die Nato verlassen.

Wir fordern heute die Untersuchung des Angriffs in Kunduz durch die Internationale Humanitäre Ermittlungskommission. Diese Kommission wurde im Ersten Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen geschaffen und ist die permanente Instanz, die speziell zur Untersuchung von Verletzungen des humanitären Völkerrechts eingeführt wurde. Wir fordern von den Staaten, die die Erklärung zur Zuständigkeit der Kommission unterzeichnet haben, diese zu aktivieren, um den tatsächlichen Hergang des Angriffs festzustellen und den geschützten Status von Krankenhäusern in Konflikten wiederherzustellen.

Die Internationale Humanitäre Ermittlungskommission existiert seit dem Jahr 1991, wurde jedoch noch nie tätig. Damit dies geschieht, muss einer der 76 Unterzeichnerstaaten eine Ermittlung beantragen. Bislang sind die Regierungen zu zurückhaltend oder zu ängstlich gewesen, einen Präzedenzfall zu schaffen. Doch das Gremium existiert, und es ist Zeit, es

zu aktivieren.

Es ist inakzeptabel, dass Staaten sich hinter "Gentlemen's Agreements" verstecken und so eine regelfreie Zone und ein Umfeld der Straflosigkeit schaffen. Es ist inakzeptabel, dass das Bombardement eines Krankenhauses und die Tötung von Mitarbeitern und Patienten als Kollateralschaden abgetan und als Fehler beiseite gewischt werden.

Heute kämpfen wir für den Respekt vor den Genfer Konventionen. Als Ärzte setzen wir uns für unsere Patienten ein. Wir brauchen dabei Sie, als Teil der Öffentlichkeit, an unserer Seite, um darauf zu bestehen, dass selbst in Kriegen Regeln gelten."

Kommentar: Bomben auf ein Krankenhaus: Faule Ausreden

Auch die USA müssen Verantwortung für Kriegsverbrechen übernehmen
– von Michael Vosatka

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2015

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

.